

Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu § 1 (Ziele des Gesetzes)

Abs. 3, Pkt 4.: „Mitwirkung“ durch **„Mitbestimmung“** ersetzen

Begründung:

Das bisherige Heimgesetz billigte Heimbewohnern bislang lediglich ein „Mitwirkungsrecht“ zu. Bei Entgelterhöhungen z.B. mussten sie zwar rechtzeitig informiert und angehört werden. Das hatte allerdings praktisch keine Auswirkungen, wenn dies nicht geschah.

Hier sollte die **Mitbestimmung** gesetzlich verankert werden. Wer etwas bestellt und bezahlt muss auch mitbestimmen können, was, in welchem Umfang und in welcher Qualität er das geliefert bekommt.

Zu § 2 (Anwendungsbereich)

Abs. 4: Letzter Satz sollte lauten: **„Hiervon abweichend gilt dieses Gesetz für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in denen volljährige Personen betreut werden.“**

Begründung:

Die genannte Anzahl der volljährigen Personen ist unwichtig, ebenfalls, ob sie die Schule besuchen oder nicht. Sie müssen die gleichen Rechte haben, wie Bewohner anderer Wohnformen.

Abs. 6: Sollte gestrichen oder mindestens der letzte Satz umformuliert werden:
„Grundlage ist dann dass Gesetze in vollem Umfang und auf Dauer gelten sollen. Abweichende Vereinbarungen davon sind unzulässig.“

Begründung:

Die in der Begründung zum Gesetz gegebene Erläuterung, dass möglicherweise Anbieter es als „werbewirksam“ einschätzen, sich dem Gesetz freiwillig zu unterwerfen, darf nicht dazu führen, „individuelle Gesetze“ aushandeln zu können! Was wäre wohl, wenn ein Leistungsanbieter durch spätere Veränderungen in Konzept bzw. Leistungen doch dem Gesetz unterliegt ...? Wie sollte das bemerkt werden? Gelten dann seine individuellen Vereinbarungen ... ?

Zu § 5 (Selbstorganisierte Wohnformen und Service-Wohnen)

Diese sollten wirklich nur dann einer Meldepflicht unterliegen, wenn die Bewohner tatsächlich „lediglich zu der Abnahme allgemeiner Serviceleistungen wie Notrufeinrichtung und Beratungs- und Vermittlungsdienste verpflichtet werden“.

In der Praxis ist es allerdings **schwierig, Service-Wohnen von trägergesteuerten Wohnformen zu unterscheiden**: Wenn Bewohner pflegebedürftig werden oder bereits sind und zusätzliche Pflegedienstleistungen im Service-Wohnen erbracht werden, der Bewohner sie aber nicht mehr frei unter mehreren Anbietern wählen kann – um welche Wohnform handelt es sich dann?

Begründung:

An diesem Beispiel wird klar, dass lediglich eine **Meldepflicht für „Service-Wohnen“ nicht ausreicht**. Mit zunehmender Unterbringungsdauer wächst i.d.R. auch die Pflegebedürftigkeit und damit der Grad der Abhängigkeit der Bewohner. Die Gefahr, dass hier „Kleinst-Heime“ entstehen, die per Definition zu „Service-Wohnen“ und so der Überwachung entzogen werden können, ist sehr groß.

Zu § 6 (Trägergesteuerte Wohngemeinschaften)

Besonders interessant wird es, wenn ein und derselbe Anbieter Service-Wohnen mit Notrufanlagen unterhält und den Bewohnern durch Beratungsdienste seine eigenen ambulanten Pflegedienste anbietet und empfiehlt.

Ein vorliegender Beschwerdefall von Ende letzten Jahres hat die Abhängigkeit der pflegebedürftigen Menschen in als „**Wohnen mit Service**“ deklarerter Wohngemeinschaft sehr deutlich werden lassen. **Vertragsformell und theoretisch konnten Bewohner „frei wählen“**, von wem sie versorgt werden wollten – praktisch eher nicht.

Der erlebte Fall: (wurde an Heimaufsicht, MDK und Gesundheitsamt gemeldet)

Einer Krankengymnastin wurde vom Betreiber einer Service-Wohnen WG unzulässigerweise ein Hausverbot erteilt, sodass sie ihre Patientin dort nicht behandeln konnte ...

In Bremen unterhält **dieser Anbieter** ein sogenanntes „**Beratungsbüro**“, von dem aus offensichtlich nur seine eigenen **7 Wohngemeinschaften** - genannt „Wohnen mit Service“ – empfohlen werden. Dort werden die Bewohner von seinen ebenfalls eigenen 3 bzw. **4 ambulanten Pflegediensten** versorgt.

Dabei waren auch Menschen mit der höchsten Pflegestufe III, die sich ihr neues Zuhause bestimmt nicht selbst aussuchen konnten. Ebenso wenig war ihnen die Wahl eines anderen Pflegedienstes möglich - schon allein deshalb nicht, weil sie i.d.R. gar keinen anderen kannten und auch keine Vergleichsmöglichkeiten hatten ...

Die regelmäßige unangemeldete Überprüfung ist für alle nicht ausschließlich privat betriebenen Wohnformen unbedingt notwendig.

Begründung:

Der im Gesetz definierte Anspruch, „rechtliche, wirtschaftliche oder persönliche Verbundenheit von Leistungserbringern“ erkennen zu wollen, dürfte in der Umsetzung nicht einfach sein. Insbesondere eine persönliche Verbundenheit nachzuweisen, dürfte im Zweifel problematisch werden. Anbieter, die keiner regelmäßigen Überprüfung unterliegen wollen, werden schnell ihre Möglichkeiten erkennen.

Auch der in der Gesetzesbegründung erwähnte Hinweis wird Anbieter jubeln lassen: „Diese Vermutung ist widerlegt, wenn der Leistungserbringer nachweist, dass die freie Wählbarkeit nicht eingeschränkt oder in absehbarer Zeit tatsächlich vorliegen wird.“ Wodurch kann ein Anbieter nachweisen, dass die Bewohner ihre Wunsch-Dienstleister „frei“ wählen können? Und was bedeutet „in absehbarer Zeit“ tatsächlich vorliegen wird? Wann ist das – in einem Monat, einem Jahr ... ?

Im Übrigen kann ein Anbieter zunächst seinen Bewohnern völlig freie Wahl lassen, um so keiner regelmäßigen Überprüfung zu unterliegen. Was wäre, wenn er anschließend die freie Wahl einschränkt oder gar nicht mehr gewährt ... ?

Zu § 7 (Pflege- und Betreuungseinrichtungen)

Abs. 3: **Letzter Satz sollte ersatzlos gestrichen werden.**

Begründung: siehe unter § 6

Zu § 9 (Beratungs-, Informations- und Berichtspflichten der Behörde)

- Abs. 1: **Punkt 3 und 4 sollten ersatzlos gestrichen werden.**
Die bislang unentgeltlichen Mängel- und Management-Beratungen der Heimaufsicht sollten entweder ganz gestrichen oder nur noch gegen Entgelt angeboten werden. Die Aufgabenbereiche sind entsprechend anzupassen.

Begründung:

Bremen muss einerseits sparen, andererseits wird mehr Personal in der Aufsichtsbehörde für neu hinzukommende Wohnformen und immer mehr Heime benötigt.

Bei festgestellten Mängeln wurde bislang kostenlos beraten, wie entstandene Schäden beseitigt und vermieden werden können. Werden anschließend weiterhin Mängel festgestellt, die nicht beseitigt wurden, wird nochmals kostenlos beraten. Wirkliche Konsequenzen drohen viel zu spät.

MDK- oder TÜV-Prüfungen kosten in jedem Falle Geld. Bei festgestellten Mängeln sind Nachprüfungen ebenfalls kostenpflichtig! - Warum muss dann die Heimaufsicht immer wieder kostenlos beraten?

Mängelvermeidung vor Mängelbeseitigung muss oberste Priorität haben. Wenn Mängel zu beklagen sind, ist das ein Zeichen für nicht ausreichende Mängelvermeidungs-Strategien.

- Abs. 2: **2. Satz: das Wort „wesentlichen“ durch „vollständigen“ ersetzen:**
„Die Prüfberichte sollen ... die **vollständigen Ergebnisse** der Prüfungen ... enthalten.“

Begründung:

Verbraucher interessiert nicht nur ein Filtrat der Ergebnisse ...

- Abs. 4: **Der Prüfbericht und das Verzeichnis** sollten auch für Bürger, die keinen Internetzugang haben, **öffentlich zugänglich gemacht werden**, ... (gilt für alle zu prüfenden Wohnformen)

- Abs. 7: **„der Deputation ...“ ist durch „der Öffentlichkeit“ zu ersetzen:**
„Die zuständige Behörde ist verpflichtet, alle zwei Jahre **der Öffentlichkeit** über ... zu berichten.“

- Abs. 8: **Unklar ist**, was die Verbände der Leistungsanbieter, die kommunalen Spitzenverbände **„Näheres“** (?) mit der zuständigen Behörde vereinbaren können und warum dieses Recht dazu eingeräumt wird.

Zu § 10 (Mitwirkung der Bewohner ...)

- Titel: Änderung notwendig: **„§ 10 Mitbestimmung der Bewohner ...“**
Hier sollte die **Mitbestimmung** gesetzlich verankert werden. Wer etwas bestellt und bezahlt, muss auch mitbestimmen können, was, in welchem Umfang und in welcher Qualität er geliefert bekommt.

- Abs. 1: Die **zusätzliche Aufzählung** sonstiger Vertrauenspersonen **ist überflüssig** und kann gestrichen werden:
„In den Bewohnerinnen- und Bewohnerbeirat können neben Bewohnerinnen und Bewohnern auch Angehörige und sonstige Vertrauenspersonen der Bewohnerinnen und Bewohner, ~~von der zuständigen Behörde vorgeschlagene Personen sowie Mitglieder der örtlichen Seniorenvertretungen und Mitglieder von örtlichen Behindertenorganisationen in angemessenem Umfang gewählt werden.~~“

Zu § 10 (Mitwirkung der Bewohner ...) - Fortsetzung -

Abs. 3 + 11: Tätigkeitsbereich, Rechte und Pflichten von Bewohnerfürsprechern etc. sollen in einer VO geregelt werden. **Zeitpunkt bis wann und der Inhalt sollten bereits im Gesetz definiert werden.**

Abs. 7: **Vorletzter Satz sollte gekürzt, letzter gestrichen werden:**

„Er hat grundsätzlich den Mitgliedern des Bewohnerinnen- und Bewohnerbeirats, des Vertretungsgremiums, der Bewohnerfürsprecherin oder dem Bewohnerfürsprecher Zutritt zur Einrichtung zu gewähren, ~~soweit dies für deren Tätigkeit erforderlich ist. Verweigert er ihnen den Zutritt zur Einrichtung, hat er dies der zuständigen Behörde gegenüber zu begründen.~~

Begründung:

Der Nebensatz „soweit dies für deren Tätigkeit erforderlich ist“ billigt dem Anbieter überflüssige Ermessensspielräume zu. Die hier ausdrücklich aufgezeigte Möglichkeit einer Bewohnervertretung den Zutritt zu der Einrichtung zu verweigern, sollte im Gesetz unterbleiben. Die Möglichkeit ein Hausverbot auszusprechen bleibt dem Anbieter unbenommen. Dies hätte er aber auch so gegenüber der zuständigen Behörde zu erläutern und zu begründen.

Zu § 12 (Anforderungen an Pflege- und Betreuungseinrichtungen ...)

Abs. 1, Pkt. 4: **„Pflege- und Betreuungskräfte in ausreichender Zahl und Qualität ...“**
Sollte genauer vorgegeben und ggf. in VO geregelt werden., vgl. Abs. 3

Abs. 2, 7. + 8.: **Was ist „ausreichende Qualität“?**
Sollte genauer vorgegeben und ggf. in VO geregelt werden.

Pkt. 9: Streichung/Ergänzung notwendig:

... haben insbesondere sicherzustellen, dass ...
... Besuche bei Bewohnerinnen und Bewohnern ermöglicht ~~und nur dann untersagt werden, wenn das unerlässlich ist, um eine unzumutbare Beeinträchtigung der Interessen von Bewohnerinnen und Bewohnern oder des Betriebs der Einrichtung abzuwenden~~, (evtl. Ergänzung: „sofern kein anderer Bewohner oder Mitarbeiter der Einrichtung geschädigt, gefährdet oder mehr, als den Umständen nach unvermeidbar behindert oder belastet wird.“)

Begründung:

Ein Hausverbot für die Besucher sollte hier nicht schon vorab als Möglichkeit vorgegeben werden. Im Falle von Auseinandersetzungen mit Besuchern von Bewohnern wird der Anbieter auch unabhängig von einem Paragraphen in diesem Gesetz von seinem Hausrecht Gebrauch machen.

Pkt.11: Ergänzung notwendig: „... sicherzustellen, dass
11. die ordnungsgemäße und bewohnerbezogene Aufbewahrung, Stellung und Verabreichung der Arzneimitteln erfolgt“

Zu § 13 (Teilhabe und Förderung bürgerschaftlichen Engagements)

Abs. 3: **Der erste Satz sollte wie folgt ergänzt werden:**

„Einzelheiten zur Umsetzung ... sollen die Verbände der Leistungsanbieter gemeinsam mit den Verbänden der Kostenträger, der zuständigen Behörde **sowie den gewählten Bewohnervertretern** innerhalb eines Jahres ...“

Begründung:

Die Beteiligung der Bewohner an Details zur Teilhabe usw. sollte selbstverständlich sein.

Zu § 15 (Umwandlung von Pflege- und Betreuungseinrichtungen in trägergesteuerte Wohnformen)

Inhalt: **Der Paragraph sollte ersatzlos gestrichen werden. Alternativ sollten trägergesteuerte Wohnformen der regelmäßigen Überprüfung unterliegen** (siehe Begründung zu § 6)

Begründung:

Die Gefahr, dass dieser Paragraph primär dazu genutzt wird, dass sich Anbieter der regelmäßigen Überprüfung als Pflege- und Betreuungseinrichtung entziehen wollen, ist gegeben.

Der Argumentation in der Begründung zu diesem Paragraphen kann nicht gefolgt werden. Anbieter, die ihren Bewohnern mehr Wahlfreiheit im Sinne von trägergesteuerten Wohnformen gönnen wollen, können dies auch umsetzen.

Um Sicherheit und Qualität der Versorgung für die Bewohner sicherzustellen, ist die regelmäßige Überprüfung notwendig.

Zu § 17 (Besondere Anzeigepflichten bei Pflege- und Betreuungseinrichtungen)

Abs. 3: **Absatz 3 kann ersatzlos gestrichen werden. Oder alternative Formulierung:**
„Besuchsverbote sind gegenüber dem Bewohner oder dem Besucher immer schriftlich zu begründen und müssen der zuständigen Aufsichtsbehörde unverzüglich angezeigt werden. Ein Verstoß gegen diese Anzeigepflicht stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einem Bußgeld bis zu 25000 Euro geahndet werden.“

Begründung:

Der Absatz ist überflüssig, weil im Falle eines Besuchsverbotes sich der/die Betroffene bei der zuständigen Behörde beschweren und ggf. Klage erheben kann.

Schleswig-Holstein und Sachsen haben übrigens in ihren neuen Gesetzen ebenfalls keine Regelung zu Besuchsverboten vorgesehen.

In Nordrhein-Westfalen müssen dagegen Besuchsverbote gegenüber dem Bewohner und dem Besucher immer schriftlich begründet und der zuständigen Aufsichtsbehörde angezeigt werden. Ein Verstoß gegen diese Anzeigepflicht stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einem Bußgeld bis zu 25000 Euro geahndet werden.

Und Professor Thomas Klie meint dazu:

„Eine heimrechtliche Regulierung und Einschränkung des Hausverbotes sind nicht gefragt. Das Hausrecht im eigenen Zimmer liegt beim jeweiligen Heimbewohner, nicht beim Träger des Heimes. Und auch Heime sind an Artikel 13 des Grundgesetzes, der die Unverletzlichkeit der Wohnung garantiert, gebunden.“

Zu § 18 (Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht für unterstützende Wohnformen ...)

Abs. 1, Pkt. 5: Die Ausführungen **bzgl. Arzneimittel müssen auch für Service-Wohnen nach § 5 gelten**, sofern dort diese zusätzliche Dienstleistung angeboten und in Anspruch genommen wird.

Pkt. 9: hier ist zu ergänzen: „... sowie die entsprechende **richterliche Genehmigung**“

Zu § 19 (Angemessenheit und Erhöhung der Entgelte ...)

Abs. 1-5: Eine ähnliche **Ergänzung wäre hilfreich**:

„Diese vertraglichen Grundlagen betreffen das neue Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG), das für alle Bundesländer einheitlich gilt.“

Zu § 20 (Zusätzliche Leistungen an den Unternehmer ...)

Abs. 2 Pkt. 1: „... **Nummer 1 ...**“ **gibt es in § 6 Absatz 3 nicht** (muss also weg)

Pkt. 3: Dieser Punkt ist **missverständlich formuliert** und bedarf der verständlicheren Neuformulierung.

Pkt. 4: Das **kann auch so missverstanden werden**, dass auch größere Vermögen von Pflegebedürftigen dem Leistungsanbieter oder seinen Beschäftigten versprochen werden können – sofern „eine Zustimmung der nach diesem Gesetz zuständigen Behörde vorliegt“ ... (ist das so gewollt??)

Zu § 22 (Überwachung von trägergesteuerten Wohngemeinschaften)

Abs. 1: „**anlassbezogen**“ **sollte durch „jährlich unangemeldet“ ersetzt werden**:

„Bei trägergesteuerten Wohngemeinschaften prüft die zuständige Behörde jährlich unangemeldet bzw. anlassbezogen, ob sie die für sie geltenden Anforderungen an den Betrieb erfüllen. Prüfungen zur Nachzeit sind zulässig.“

Begründung:

Unangemeldete Prüfungen bilden am ehesten die Standardsituation in den unterstützenden Wohnformen ab. Zitat Qualitätsbericht der Münchener Heimaufsicht 2007/2008:

„Diese Vorgehensweise ist nach Meinung des Kreisverwaltungsreferates unerlässlich, um ein „ungeschöntes Bild“ vorzufinden. Grundsätzliche Defizite, die auf ein schlechtes Management der Einrichtung zurückzuführen sind, lassen sich zwar nicht innerhalb einiger weniger Tage beheben, die unangemeldete Prüfung bringt jedoch gewisse grundlegende Aspekte der Qualität zum Vorschein. Unter Anderem sind dies die personelle Besetzung am Tag der Prüfung, die Wirkung des Risikomanagements der Einrichtung, der Umgang mit herausfordernden Bewohnerinnen und Bewohnern sowie der Kommunikationsfluss. Auch wird die „normale“ Organisation des Betriebes durch unangemeldete Prüfungen klar erkennbar.“

Abs. 9: (vergleiche § 9 Abs. 4)

Zu § 23 (Überwachung von Pflege- und Betreuungseinrichtungen)

Abs. 1: Ergänzung „**unangemeldet**“ notwendig:

„In Pflege- und Betreuungseinrichtungen führt die zuständige Behörde **unangemeldet jährlich wiederkehrende und anlassbezogene Prüfungen** durch.“

Abs. 2: **1. Satz sollte wie folgt umformuliert werden:**

„Art und Umfang der durchzuführenden Prüfungen richtet sich nach festgelegten Standard-Prüfkriterien.“

2. Satz mit Aufzählungspunkten sollte gestrichen werden.

Abs. 3: Abs. 3 **sollte gestrichen werden.**

Begründungen:

Die zuständige Behörde soll unabhängig von anderen Institutionen und Prüfern ihrer Überwachungsaufgabe nachkommen. Der MDK hat andere Prüfkriterien. Evtl. vorhandene „Zertifikate“ anderer Institutionen können sehr unterschiedlicher Qualität sein und völlig andere Prüfhintergründe haben.

Zu § 26 (Feststellung von Mängeln)

Titel: Das Wort „Beratung“ ist aus schon erläuterten Gründen durch „Feststellung“ zu ersetzen.

Abs. 1 Der Zusatz „zunächst den verantwortlichen Leistungsanbieter .. beraten“ sollte gestrichen werden.

Abs. 2 sollte komplett gestrichen werden.

Zu § 30 (Zusammenarbeit, Arbeitsgemeinschaften)

Abs. 1: am Ende des Absatzes ergänzen: „sowie den Bewohnervertretern“

Abs. 2: am Ende des Absatzes ergänzen: „sowie den Bewohnervertretern“

Zu § 33 (Bestandschutz; Übergangsregelung)

Abs. 2: unverständlicher Bandwurmsatz ...

Stellungnahme erfolgt auch im Namen der Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung (BIVA) e.V.

Kontakt: Reinhard Leopold c/o SHG Angehörige u.
Ehrenamtliche in der Heimmitwirkung
- Internet- und Öffentlichkeitsarbeit -
Rembertstraße 9, 28203 Bremen
Tel.: 0421 / 33 65 91 20
eMail: info@heim-mitwirkung.de
Internet: www.heim-mitwirkung.de